

Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

11. Sitzung – Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

7. November 2024 – 14:02 bis 15:28 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Michael Boddenberg (CDU)

CDU

Tanja Jost
Heiko Kasseckert
J. Michael Müller (Lahn-Dill)
Sebastian Müller (Fulda)
Jan-Wilhelm Pohlmann
Anna-Maria Schölch
André Stolz
Annette Wetekam

AfD

Klaus Gagel
Andreas Lichert
Dimitri Schulz
Olaf Schwaier

SPD

Elke Barth
Karina Fissmann
Stephan Grüger
Maximilian Ziegler (Vogelsberg)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Martina Feldmayer
Kaya Kinkel
Katrin Schleenbecker
Katy Walther

Freie Demokraten

Dr. Stefan Naas



Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Ilka Heil
 AfD: Axel Lange
 SPD: Raphael Oidtmann
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jan Alexander Fröhlich
 Freie Demokraten: Thorsten Bauroth

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amts- bezeichnung	Ministerium, Behörde
Florian ISMAIER	MR	HMWVW
Ulrike Breidert	Dir. in HRH	HRH
Umut Jahn	DLR	HMWVW
Niels Wagner	ORR	HMWVW
Clare Kutenmeier	MR'in	HMWVW
SPÄKER	RR	U
MANSOORI	M	U

Protokollführung: Heike Schnier

(Beginn des öffentlichen Teils: 14:05 Uhr)

1. **zur abschließenden Beratung**

Antrag
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Mitnahme von E-Rollern im ÖPNV wieder ermöglichen
– Drucks. [21/1182](#) –

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss den

Beschluss:
WVA 21/11 – 07.11.2024

Der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt.

2. **Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Gemeinsames Dach über dem Kopf – genehmigungsfreier
Dachgeschossausbau gegen Wohnungsnot
– Drucks. [21/1101](#) –

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:**

Wir haben den Antrag der Freien Demokraten „Gemeinsames Dach über dem Kopf – genehmigungsfreier Dachgeschossausbau gegen Wohnungsnot“ bereits im Plenum beraten. Dieser Antrag steht in einer Reihe verschiedener Anträge einer wohnungsbaupolitischen Initiative von uns. Wir wollen dieses Thema, wie wir zu mehr Wohnraum kommen, behandeln. Ich glaube, das ist ein Thema, das uns eint.

Wir haben bereits den Antrag zur Gebäudeklasse E eingereicht. Dazu haben wir uns im Ausschuss verständigt, dass wir ihn schieben, weil wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen wollen. Da geht es um wirkliche Detailfragen. Hier geht es darum, eine Initiative auf den Weg zu bringen, dass der Dachgeschossausbau genehmigungsfrei werden soll. Er ist bereits teilweise genehmigungsfrei. Bestimmte Teile sind aber noch nicht genehmigungsfrei. Wir glauben, dass man an dieser Stelle Wohnraum in erheblichem Maße gewinnen kann. Ich glaube, auch darüber besteht bei dieser Sachverhaltsanalyse grundsätzlich Konsens.

Wir glauben, dass man Dächer aufstocken kann. Satteldächer sind durch die Firsthöhe und die Traufe begrenzt. Was dazwischen ist, muss natürlich standsicher und brandsicher sein. Aber die

Fragen der Stellplätze, der Erschließung, der Gauben und die Frage, ob es eine abgeschlossene Wohnung sein muss oder ob es eine neue Wohnung sein kann, kann man entbürokratisieren. Vielleicht kann man auch vieles an neuem Wohnraum unbürokratisch zulassen.

Deswegen haben wir einen Antrag dazu gestellt. Der Antrag geht zunächst einmal davon aus, dass Dachgeschossausbauten sehr oft nachhaltig und kostengünstig sind und wirklich neuen Wohnraum schaffen können, und zwar ohne neue Flächenversiegelung. Drittens ist das wirtschaftlich attraktiv, weil man die Grundanschlüsse schon hat: Gas, Wasser, Strom, was auch immer.

Deswegen fordern wir die Landesregierung auf. Das ist bewusst sehr neutral formuliert. Wir schreiben hier nicht, dass Sie nichts gemacht haben oder noch nicht eingeladen haben. Wir wissen, dass die Landesregierung mit eigenen Gremien, neuen Gremien auf diesem Gebiet aktiv ist. Wir wollen aber das Ziel formulieren, dass wir grundsätzlich zu einer Genehmigungsfreiheit kommen, sofern keine statischen, konstruktiven oder brandschutzrechtlichen Bedenken bestehen. Die Einhaltung der Vorschriften zu den Treppenbreiten und den Fluchtwegen – da reden wir über Sicherheit, also polizeiliche Dinge – ist allerdings zwingend erforderlich.

In der letzten Legislaturperiode haben wir uns schon über die Anforderungen an Fahrstühle und Barrierefreiheit im Geschosswohnungsbau unterhalten. Das soll hier auch noch einmal diskutiert werden. Das deckt der Punkt 5 mit ab.

Dann schlagen wir vor, dass eine besonders bürokratiearme Form der Baugenehmigung, also eine Bauanzeigepflicht, eingeführt wird. Wir regen auch an, dass die Bestimmungen, die zum Zeitpunkt der Errichtung des Daches in Kraft waren, als baurechtliche Bestimmungen gelten sollen und die Verantwortung für die Einhaltung dieser Vorschriften insgesamt beim Bauherrn liegt.

Wir haben einen ausführlichen Antrag gestellt, auch eine Begründung beigefügt. Näheres können Sie dort sehen. Wir haben im Plenum schon darüber diskutiert. Wir würden uns freuen, wenn es eine Bereitschaft gäbe, dieses Thema als gemeinsames Thema zu behandeln, gerne auch mit Änderungen zu diesem Antrag. Es kann auch ein begleitender Beschluss sein, das zu unterstützen, was uns sicherlich gleich der Minister vortragen wird. Es ist unbestritten, dass sowohl im Ministerium als auch in den Fachkreisen, die jetzt zusammenkommen, eine Expertise besteht. Wir würden uns, wie gesagt, freuen, wenn wir da zu gemeinsamen Ergebnissen kämen.

Abgeordnete Elke Barth:

Dieser Antrag ist nicht nur Teil einer wohnungspolitischen Initiative der FDP, sondern auch einer der Bestandteile unseres Koalitionsvertrags, wie wir auch schon im Plenum ausgeführt haben – übrigens genauso wie der Gebäudetyp E und sicherlich die Themen anderer Anträge, die Sie, wie schon angekündigt, in der Plenarsitzung vorlegen werden. Es ist gut, dass wir Ihnen so viele gute Ideen in unserem Koalitionsvertrag als Vorlage gegeben haben. Es ist klar, dass Sie dort viel Material finden.

Wir halten dennoch an unserem Vorhaben fest, jetzt nicht einzelne Initiativen und einzelne Baunovellen zu machen. Vielmehr arbeiten wir, wie hinlänglich kommuniziert, an einer großen Baugesetznovelle. Die Kommission „Innovation im Bau“ hat gerade wieder getagt. Soweit mir bekannt ist, werden in Kürze die Vorschläge an das Ministerium übergeben. Ich glaube, dann können wir alle gemeinsam überlegen, welche dieser Vorschläge wir dann auch tatsächlich umsetzen. Hierzu laden wir Sie natürlich ausdrücklich ein.

Deswegen möchten wir Ihren Antrag, ehrlich gesagt, gerne schieben. Es macht keinen Sinn, jetzt einzelne Bestandteile herauszugreifen. Wie gesagt, es wird eine HBO-Novelle geben. Man muss auch schauen, vielleicht lässt sich manches sogar schon auf Verordnungsebene direkt und schneller durch das Ministerium regeln.

Aber uns eint der große gemeinsame Wunsch, Bauen schneller, einfacher und günstiger zu machen. Dazu gehören Themen wie der Dachgeschossausbau, den wir beschleunigen möchten, der Gebäudetyp E. Wir wollen über Stellplatzsitzungen reden, über Abstände, über vieles andere mehr. Aber, wie gesagt, nicht mit Einzelanträgen. Sie können damit gerne weitermachen. Das wird allerdings an dem Programm nichts ändern. Wir werden dann, wenn auch die Vorschläge aus der Kommission „Innovation im Bau“ vorliegen, das gemeinsam in einem großen Wurf behandeln.

Abgeordnete Martina Feldmayer:

Wir sind offen für die Vorschläge der Freien Demokraten, haben jetzt aber auch zur Kenntnis genommen, dass viele Vorschläge, die von der Kommission „Innovation im Bau“ kursieren, nach und nach von der FDP aufgenommen werden. Wir würden uns das gerne in der Gesamtheit anschauen, bevor wir zu einem Ergebnis kommen.

Gerade beim Thema Aufstocken, Dachgeschossausbau ist sicherlich noch sehr viel Potenzial. In einer Studie der TU Darmstadt und des Pestel Instituts ist die Rede davon, dass es ein Potenzial von 2,3 bis 2,7 Millionen Wohneinheiten gibt. Da gibt es also ein sehr großes Potenzial. Ich glaube, das kann man gut heben, indem man sich das Thema Stellplatzsitzung und andere Sachen anschaut. Man soll es den Leuten da leicht machen; denn den Gebäudebestand muss man nicht bauen, der ist da. Man kann mit wenig Einsatz von Energie neuen Wohnraum schaffen.

Von daher ist das alles überlegenswert, was Sie da vorgebracht haben, Herr Naas. Sie sind sehr fleißig. Aber, wie gesagt, wir warten dann auf das Baupaket, das demnächst kommen soll, werden uns das dann anschauen und anhand der Vorschläge, die eingebracht worden sind, diskutieren. Sicherlich ist es auch wichtig, bei diesen Themen die kommunale Familie mit an den Tisch zu holen; denn die Gebäude stehen in den Kommunen. Sie werden dort aufgestockt. Die Kommunen haben sicherlich auch noch Wünsche, Anregungen oder vielleicht auch Kritik.

Abgeordneter Dimitri Schulz:

Der Antrag geht in die richtige Richtung, ist ein guter Antrag, aber trotzdem nur Kosmetik, wenn es darum geht, günstiger zu bauen. Wenn wir deutlich günstiger bauen wollen, dann müssen wir

uns Gedanken machen, dass wir auf Berlin Druck ausüben, um Veränderungen an der Musterbauordnung herbeizuführen. Nur da können wir drastisch die Preise und die Hürden senken für mehr und günstigen Wohnraum.

Etwas Kosmetik ist besser als gar nichts, aber bei jeder weiteren Maßnahme handelt es sich immer nur um kosmetische Vorschläge. Wir brauchen mehr Mut, um als Hessen voranzugehen und im Bund für mehr Einheitlichkeit zu sorgen, damit wir günstiger, standardisierter bauen können. Es ist ein guter Vorschlag, aber leider nur etwas Kosmetik.

Abgeordneter Dr. Stefan Naas:

Ich fange einmal mit dem Vorredner an. Aus dem Plenum habe ich ein negatives Votum der AfD in Erinnerung. Jetzt hört es sich wieder anders an, also jeden Tag etwas Neues. Ich lasse mal die Kommentierung. Das können wir im Protokoll nachlesen.

Ich verstehe natürlich die Einlassung der Koalition. Wir können das jetzt machen. Wer hat irgendwie ein Stichwort zuerst? Ich verweise auf unser Wahlprogramm. Kollegin Barth, das liegt, zeitlich gesehen, denklogisch vor dem Koalitionsvertrag. Auch da ist natürlich dieses Stichwort schon drin, in den anderen Wahlprogrammen wahrscheinlich auch. Insofern glaube ich, dass das ein gemeinsames Thema sein kann.

Jetzt habe ich Verständnis dafür, dass man sagt: Wenn hier jemand um die Ecke kommt und konkrete Vorschläge zu irgendeinem Detail macht, dann will ich das in einem Gesamtzusammenhang diskutieren. – Hier verweise ich auf den Antrag. Da ist eine Bestandsanalyse drin. Wie gesagt, die eint uns in den Punkten 1 und 2. Dann ist der entscheidende Punkt eigentlich in Punkt 4 zu sehen:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Vorschlag zur Änderung der Hessischen Bauordnung zu erarbeiten, mit dem Ziel, ...“

Das ist doch etwas Gemeinsames. Das ist doch bewusst weich formuliert. Jetzt könnte man das doch wunderbar als Begleitbeschluss gemeinsam abstimmen. Wer jetzt gegen die Punkte 6 und 7 etwas hat, weil er sagt, wir wollen die Bauanzeigepflicht nicht, wir sollten die baurechtlichen Bestimmungen früherer Novellen nicht wieder in Kraft setzen oder wir haben juristische Bedenken – ich kenne ja die Argumente –, dann kann man das in einer Einzelabstimmung ablehnen oder sich enthalten.

Ich finde, wir sollten das Gemeinsame betonen. Ich kann für meine Fraktion sagen: Wir werden das im weiteren Verfahren umgekehrt tun. Wir werden nichts ablehnen, was an guten Vorschlägen von den Expertengremien kommt. Wir werden es nicht ablehnen, wir werden das nicht tun. Ich würde mich freuen, wenn das bei Initiativen umgekehrt genauso ist. Ich finde, das ist doch ein gemeinsames Thema. Wir können uns über die Knackpunkte streiten, wo wir wirklich ganz weit auseinander liegen: die brutalen Eingriffe ins Eigentum, die Sie als Koalition vorhaben, das Mietsonderecht in Hessen, was weiterverfolgt wird, die Pönalisierung von Leerständen usw. – Aber das ist doch ein Punkt, wo wir auf einer Linie liegen. Das sollte man auch betonen.

Minister Kaweh Mansoori:

Wir haben zu Beginn der Legislaturperiode in der Koalition entschieden, dass die Entschlackung und die Modernisierung des Baurechts aus unserer Sicht zu den zentralen Hebeln gehört, um schneller, wirksamer, unbürokratischer gegen den Mangel an bezahlbaren Wohnungen vorzugehen. Deswegen habe ich in meinem Haus auch eine Kommission eingesetzt, bestehend aus Expertinnen und Experten aus der Bauwirtschaft, aus der Wissenschaft, aus Verbänden und Initiativen, um sämtliche Vorschläge ohne Denkverbote zusammenzutragen, die aus Sicht der Expertinnen und Experten erfolgreich sein können.

Diese Vorschläge werden mir im Rahmen eines ersten Pakets zeitnah übergeben. Ich werde diese Vorschläge dann auch in die Koalition einbringen, anschließend dann auch in die parlamentarische Befassung. Ich will ausdrücklich alle hier Anwesenden ermutigen, sich dann konstruktiv auch in diese Beratungen einzubringen, weil es sich lohnt – wenn wir beispielsweise in Richtung Niedersachsen schauen –, diese Themen in einem gewissen Kontext zu diskutieren, sich jetzt nicht in Einzelmaßnahmen zu verzetteln, sondern wirklich zu gucken, dass wir im großen Stil das, was per Verordnung funktioniert, regierungsseitig vorantreiben, das, was gesetzliche Änderungen braucht, im Parlament vorantreiben und jetzt nicht im Wochenrhythmus einzelne Vorschläge debattieren.

Trotzdem, vielleicht in der Sache, weil das aufgeworfen worden ist und wir das auch schon im Parlament diskutiert haben, was die Innenentwicklung betrifft – die Außenentwicklung, kommt ja bei einem anderen Tagesordnungspunkt –: Das Thema Dachgeschossausbau ist weitestgehend genehmigungsfrei. Wir haben, glaube ich, in der Debatte auch herausgearbeitet, dass ein Dachgeschossausbau nicht zu einer Aufzugspflicht führt, in manchen Fällen aber eine Aufstockung hierzu führen kann. Das muss man sich noch einmal angucken. Aber in der Tat ist auch von den Expertinnen und Experten das Thema Genehmigungsfreiheit beim Dachgeschossausbau im unbeplanten Innenbereich identifiziert worden. Sie sehen, wie tief wir da in die Details einsteigen müssen. Deswegen macht es, glaube ich, Sinn, sich ein Gesamtpaket anzugucken.

Was den Abgeordneten Schulz betrifft, wollte ich das richtig einordnen: Die Musterbauordnung hat keinen Einfluss auf die Situation beim Bau. Sie ist nur ein bundeseinheitliches Vorbild, in unserem Fall für die Hessische Bauordnung. Unsere Rolle wird es sein, die Hessische Bauordnung zu modernisieren, uns da, wo das angezeigt ist, mutig von der Musterbauordnung wegzubewegen und den Bund weiterhin dabei zu unterstützen, Abweichungen von dem Stand der Technik zu ermöglichen für Bauherren und für Bauunternehmungen, die das wollen, die dann trotzdem mit anderen Standards gute Wohnungen errichten, die allerdings schneller gebaut werden und deutlich preiswerter sind.

Vorsitzender:

Es gibt offensichtlich keine weiteren Wortmeldungen. Ich glaube, Frau Kollegin Barth hatte das Stichwort „verschieben“ genannt. Es ist aber an der FDP, zu sagen, ob sie damit einverstanden ist.

(Abgeordneter Dr. Stefan Naas: Abstimmen!)

– Okay, dann stimmen wir ab.

Beschluss:

WVA 21/11 – 07.11.2024

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD gegen AfD, Freie Demokraten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Dr. Stefan Naas
Beschlussempfehlung: Drucks. [21/1282](#) –

4. Antrag
Fraktion der Freien Demokraten
Neubau braucht Fläche: Landesentwicklungsplan verhindert Landesentwicklung
– Drucks. [21/1150](#) –

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:**

Der Minister hat es eben schon ausgeführt: Wir haben uns im letzten Plenum sowohl mit der Innenentwicklung als auch mit der Außenentwicklung beschäftigt. – Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass man das eine nicht gegen das andere ausspielen darf. Man darf nicht sagen, wir haben eine Innenentwicklung, deswegen müssen wir nichts mehr im Außenbereich machen. Umgekehrt sagen wir aber auch nicht, wir machen alles im Außenbereich, Zuwächse soll es nur im Außenbereich geben, deswegen brauchen wir nicht auf den Innenbereich zu schauen.

Ich glaube, wir müssen beide Potenziale heben. Dazu gehört auf der einen Seite, dass wir uns der Nachverdichtung zuwenden, Dachgeschossausbauten. Man darf das eine oder andere aber auch nicht überbewerten. Wer in der Kommunalpolitik tätig ist, weiß, dass es gerade bei Baulücken oft einen Grund gibt, warum sie seit 30 Jahren Baulücken sind und vielleicht auch aus gutem Grund nicht zur Bebauung anstehen.

Wir haben uns hier den Flächennutzungsplänen, den regionalisierten Flächennutzungsplänen und insbesondere den Regionalplänen zugewandt und auch dem Landesentwicklungsplan. Wir

haben festgestellt, dass wir zwar noch Reserveflächen haben, insbesondere auch in Südhessen, im Regierungspräsidium Darmstadt. Darüber haben wir auch schon diskutiert; Zahlen sind genannt worden. Es sind ganz erhebliche Reserveflächen. Aber da ist es wie bei den Baulücken. Es gibt oft eine Begründung vor Ort, warum es keinen politischen Willen gibt, dort etwas zu machen, oder es gibt keine juristische Handhabe, dort etwas zu machen, oder es gibt keine Bereitschaft der Eigentümer, an dieser Stelle etwas zu machen. Ich glaube, das sind die drei großen Gründe, warum oft auch Reserveflächen scheitern.

Dann ist die Frage, wie sich diese Region bei der Neuaufstellung des Regionalplans verändern wird und welche Zuwächse wir dort haben, ob wir Zuwächse haben. Wir haben uns das sehr genau angeschaut. Wir haben uns vor allem auch angeschaut, wie die Vorgaben durch den Landesentwicklungsplan sind, die Ziele, die Grundsätze. Fachpolitiker wissen jetzt, was ich meine.

Wir sehen schon, dass es eine große Bereitschaft auch der Mehrheitsfraktionen in den Regionalversammlungen gibt, die Möglichkeiten, die der Landesentwicklungsplan bietet, zu nutzen und weiter eine Entwicklung in Hessen möglich zu machen, auch Ausnahmen festzusetzen, Abweichungen von den Grundsätzen usw. Trotzdem gibt es sehr harte Vorgaben, insbesondere in den Zielen, die uns auf der anderen Seite einschränken. Ich habe im Plenum zwei Beispiele deutlich gemacht. Eines sind die regionalen Grünzüge im Regierungspräsidium Darmstadt und das andere die Kaltluftentstehungsgebiete bzw. die Vorranggebiete für besondere Klimafunktionen, wie es im Fachjargon heißt.

Die Frage, die sich hier stellt und die wir diskutieren müssen – herzlichen Dank auch an Heiko Kasseckert für den bilateralen Austausch –, ist, ob wir alle diese sehr restriktiven Vorgaben, teilweise aus einer alten schwarz-grünen Koalition, auf der Ebene der Regionalversammlungen wieder hingebügelt bekommen, pragmatisch im Sinne der Entwicklung einer Region und eines Landes, oder ob wir nicht doch noch einmal den Landesentwicklungsplan anfassen müssen. Das tut nicht der Landtag, sondern das macht der hessische Minister – so haben wir es hier auch formuliert –, der dafür zuständig ist. Wir sind der Auffassung, dass es besser wäre.

Deswegen haben wir den Antrag gestellt, auf der einen Seite pragmatisch auf der unteren Ebene vorzugehen und die Möglichkeiten der Abweichungen und der Ausnahmen zu nutzen, aber trotzdem auch noch einmal den Gesamtplan und die Vorgaben in den Blick zu nehmen und die Fesseln aus Schwarz-Grün abzulegen – es sind natürlich die grünen Fesseln gemeint –, um einen Ausbau der Region und des Landes einfacher zu ermöglichen. Die Beispiele habe ich genannt. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Abgeordneter **Heiko Kasseckert**:

Lieber Stefan, du hast jetzt sehr intensiv ausgeholt. Ich glaube, damit wird auch deutlich, dass das eigentlich ein Thema für Feinschmecker ist. Ich will trotzdem zwei oder drei Gedanken dazu loswerden. Du hast darauf abgestellt, dass der Landesentwicklungsplan ein Papier aus schwarz-

grüner Zeit ist. Das ist richtig. Aber ich glaube, dass er heute nach wie vor nicht nur formal Gültigkeit hat, sondern dass es auch heute noch richtig ist, das, was in dem Landesentwicklungsplan steht, in die Regionalpläne umzusetzen.

Du hast zwei Punkte angesprochen, zum Beispiel den regionalen Grünzug oder auch die Kaltluftentstehungsschneisen. Die sind in das Papier hereingekommen – Herr Ismaier, wenn ich mich recht erinnere –, weil wir zum Beispiel diese neue Kategorie der Kaltluftentstehungsschneisen aus dem Bundesgesetz übernommen haben. Deshalb stehen sie als Zielsetzung im Landesentwicklungsplan, das heißt als Vorgabe für die Regionalplanung. Die Regionalplanung hat es wiederum in der Hand, festzulegen, an welcher Stelle diese Gebiete ausgewiesen werden.

Ich sage jetzt einmal einen Zwischenschritt. Wir sind – auch Elke Barth ist Mitglied in der Regionalversammlung – in der Zeitschiene der Aufstellung des Regionalplans dahin gehend ein bisschen unter die Räder gekommen, als das Ministerium uns das Gutachten zur Verfügung gestellt hat und das Regierungspräsidium 100 % dieser Potenzialflächen in den Plan übernommen hat. Damit sind bei der Aufstellung der Flächen für Wohn- oder Gewerbeentwicklung viele Flächen herausgeflogen. Richtigerweise hätte die Regionalversammlung zunächst aus dem Gutachten die Flächen identifizieren sollen, wo man sagt: Dort lassen wir Kaltluftentstehungsschneisen zu – also nicht die 100 %, sondern einen darunter liegenden Anteil. Das Gleiche gilt beim regionalen Grünzug.

Dann hätten wir auch mehr Entwicklungsflächen gehabt, mehr Siedlungsentwicklungsflächen. Jetzt hat sich das überlagert, was dazu führt, dass wir, Stand heute, wahrscheinlich mit einem Plan in die erste Offenlage gehen, der in vielen Fällen und in weiten Teilen auf der kommunalen Ebene zu Kritik führen wird, weil er von den ursprünglichen Überlegungen der Kommunengespräche deutlich abweicht. Das wird man dann korrigieren müssen. Ich sage jetzt, und das ist meine ganz persönliche Meinung, dass das in einem Umfang stattfinden wird, mit dem wir am Ende sogar eine dritte Offenlage riskieren werden. Man wird dann sehen, in welchem Umfang das stattfindet.

Aber im Umkehrschluss müssten wir sonst hergehen und diesen ersten Entwurf vollständig einstampfen. Dazu gibt es auf der Ebene der Regionalversammlung zwischen SPD und CDU aktuell keine politische Bereitschaft, sodass wir jetzt Gespräche zu Korrekturen im Regionalverbandsgebiet führen, aber das Verfahren an der Stelle nicht mehr stoppen wollen.

Grundsätzlich sind aber die Regelungen im Landesentwicklungsplan – darauf bezieht sich dieser Antrag – nicht entscheidend oder nicht grundlegend dafür, dass Entwicklungen in der Regionalversammlung Südhessen, von der ich jetzt spreche, oder ganz generell im Land Hessen nicht oder nur geringer zugelassen werden. Deshalb glaube ich, dass der Plan, wie wir ihn aufgestellt haben, nach wie vor alle Möglichkeiten gibt, auch Entwicklungen in den ländlichen Räumen, entlang von Siedlungsachsen etc. zuzulassen. Die Ziele und Grundsätze sind uns hinreichend bekannt.

In der handwerklichen Umsetzung – das will ich einräumen – ist damit vielleicht der zweite Schritt vor dem ersten gemacht, was uns jetzt Probleme bereitet in der Diskussion. Inhaltlich würden wir

diesen Punkt aber aus dem Grund ablehnen, weil der Landesentwicklungsplan keine Neuerung braucht, um das zu erreichen, was wir alle wollen, dass nicht nur in städtischen, sondern auch in ländlichen Räumen Entwicklung stattfinden kann. Das geht auf der Grundlage dieses Plans.

Abgeordnete Katy Walther:

Ich versuche, kurz zusammenzufassen – wir haben es im Plenum schon diskutiert –, warum wir den Antrag der FDP ablehnen. Ich habe vorgetragen, dass im Regionalen Flächennutzungsplan 2010 zwei Drittel der Flächen unbebaut sind und dass auch im Entwurf des neuen Regionalplans Südhessen mit 3.500 ha ausreichend Flächen zur Verfügung stehen und auch noch die Altflächen übertragen werden.

Die Überschrift des Antrags, dass keine Flächen zur Verfügung stehen, sehen wir so nicht. Die Probleme für Nichtbebauung liegen oft im kommunalen Bereich. Wir haben vorgetragen, dass es teilweise sogar Abgeordnete im Landtag gegeben hat, die sich konkreten Planungen in den Weg gestellt haben, damals noch in anderer Zuständigkeit. Auch, dass die Planungshoheit der Kommunen beschränkt sei, haben wir von der Hand gewiesen, weil sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten B-Pläne beschließen und Zielabweichungsverfahren vornehmen können.

Ich will noch einmal kurz auf „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ eingehen, was wir wichtig finden, weil es uns nichts nützt, wenn wir nur im Außenbereich bauen und dann die Innenstädte veröden, weil die Nahversorgung mit den Neubauten mitzieht.

Was uns aber auch wichtig ist, sind die Themen Grünzug und natürlich auch Klimaflächen. Da haben wir auch in der Regionalversammlung eine abweichende Meinung, die wir da immer wieder vorbringen. Wir finden es wichtig, dass die Erkenntnisse der landesweiten Klimaanalyse Berücksichtigung finden. Denn diese Flächen sind nicht zum Spaß erhoben worden. Diese Flächen haben eine konkrete Funktion bei der Klimaanpassung der Städte, bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels und für die Gesundheit der Menschen. Deshalb sind wir schon der Meinung, dass man diese Flächen auf jeden Fall beachten sollte. Es ist auch so, dass man nach wie vor, wenn eine Kommune nachweist, dass sie diesen Wohnungsmangel hat, auch in diesen Flächen bauen kann. Aber grundsätzlich diese Flächen freizugeben, ist nicht unser Ansatz. All das zusammengenommen, auch was die Grünzüge betrifft, die uns für die Polyzentrik wichtig sind, haben wir diesen Antrag abgelehnt. Das werden wir heute auch tun.

Abgeordneter Dr. Stefan Naas:

Eine kurze Replik auf Heiko Kasseckert. Wir sind in der Planung um Jahre zurück, zumindest in dem entscheidenden Regierungsbezirk. Es gibt Mittelhessen, es gibt Nordhessen, die sind gut in der Zeit, sind deutlich vor uns. Den größten Druck haben wir natürlich in Südhessen. Da sind wir in der Planung um Jahre zurück. Jetzt kann man immer sagen, wir wursteln uns weiter durch. Wir haben in der letzten Zeit noch einmal Zeit verloren durch den Regionalverband und die Kommunalgespräche, und die gehen natürlich nicht so schnell, wie wir uns das wünschen usw. Die Problematik ist bekannt; das muss ich nicht ausführen.

Das Argument ist, zu sagen, wir schaffen das irgendwie, es gibt genügend Ausnahmemöglichkeiten, es gibt genügend Spielraum, insbesondere wo wir jetzt auch nicht mehr dieses Verwaltungshemmnis haben mit einer restriktiven Regierungspräsidentin. Das ist, glaube ich, auch klar.

Trotzdem finde ich den Ansatz zumindest diskussionswürdig, ob von einem Landesentwicklungsplan nicht mehr ausgehen muss, nämlich ein Signal, wie wir uns ein Land vorstellen. Das ist nämlich auch ein Plan, der Mut machen soll, zumindest aus unserer Sicht. Deswegen hätten wir uns an der Stelle auch mehr Mut vom Minister gewünscht, dass man eben kraftvoll vorangeht und sagt: Ich gucke mir diesen Landesentwicklungsplan noch einmal an, und ich möchte, dass dieser Mut zu einer Landesentwicklung auch deutlich wird, ich will da Akzente setzen.

Zu sagen, der Plan ist noch in Kraft, wir kommen noch irgendwie durch, wir schaffen das irgendwie pragmatisch, und die Regionalversammlung in Südhessen wird es irgendwie richten, übrigens haben wir auch noch Reserveflächen, und dann muss die Kommune halt gucken – das kann man natürlich so machen. Aber wir haben einen anderen Ansatz. Deswegen werbe ich noch einmal für den Antrag. Diese Sachen, die wir in den letzten Jahren diskutiert haben, passen eigentlich nicht mehr in die Zeit. Wir müssen heute dankbar sein für jede Kommune, die baut. Wir werden bald über den KFA sprechen und über die Anreize im KFA. Wenn ich da die Experten richtig verstanden habe, ist es so, dass es zukünftig Anreize geben wird für die Kommunen, die noch wachsen. Es gibt einen Veredlungsfaktor vielleicht für Kindergärten und auch junge Menschen. Das würden wir uns zumindest wünschen.

Vielleicht gibt es im KFA auch einen positiven Ansatz für Zuwachsflächen. Das ist ja auch eine Forderung vieler Fraktionen. Wenn man das sozusagen will – einige wollen es nicht, das ist akzeptiert aus deren Sicht –, dann sollte man auch einen angepassten Landesentwicklungsplan irgendwann auf den Weg bringen. Deswegen kann ich dem Minister nur ans Herz legen, sich mit dem Thema Landesentwicklungsplan und einer Ermöglichungsplanung und nicht einer Verhinderungsplanung – ich sage es untechnisch – auseinanderzusetzen.

Minister **Kaweh Mansoori**:

Ich habe es jetzt nicht so vernommen, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Koalition erklärt hätten, wir schließen für alle Zeiten aus, Änderungen am LEP vorzunehmen, sondern dass sie einfach dazu raten, sich die Dinge differenziert anzugucken. Wir haben das im Landtag miteinander diskutiert. Fakt ist zunächst einmal: Es gibt Entwicklungsflächen, auch in hinreichender Zahl. Fakt ist, es gibt auch Möglichkeiten, durch die Regionalversammlungen in den Planungen Abweichungen von den Vorgaben vorzunehmen. Damit ist aktuell hinreichend Spielraum gegeben, um Entwicklung voranzutreiben.

Trotzdem analysieren wir natürlich die Situation vorlaufend, was Innen- und Außenentwicklungen betrifft. Sollte die Koalition zu dem Ergebnis kommen, dass es Änderungen am Landesentwicklungsplan braucht, um mehr Landesentwicklung zu ermöglichen, dann scheuen wir auch nicht davor zurück. Trotzdem sollte man nicht den Eindruck erwecken, als sei der LEP der Hinderungsgrund für Entwicklung, weil es eben andere Faktoren sind. Das ist mehrfach erörtert worden.

Insofern rate ich uns einfach dazu, uns das Thema Landesentwicklung weiterhin sehr differenziert anzuschauen.

Vorsitzender:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann stellen wir auch diesen Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

WVA 21/11 – 07.11.2024

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen AfD, Freie Demokraten)

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Dr. Stefan Naas
Beschlussempfehlung: Drucks. [21/1284](#) –

5. **Entschließungsantrag**
Fraktion der CDU, Fraktion der SPD
Priorität für ein gutes Miteinander von Stadt und Land – den ländlichen Raum konsequent stärken
– Drucks. [21/1152](#) –

8. **Dringlicher Antrag**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gute Politik für Hessens ländliche Räume anstatt Zuständigkeitschaos, teure Beauftragte und Symbolpolitik
– Drucks. [21/1178](#) –

Abgeordneter **Maximilian Ziegler (Vogelsberg):**

Wir haben auch diesen Antrag im Plenum diskutiert: „Priorität für ein gutes Miteinander in Stadt und Land – den ländlichen Raum konsequent stärken“. Der ländliche Raum stellt einen Schwerpunkt der neuen Hessischen Landesregierung dar. Wir wollen die Regierungspraxis aus Sicht der Anwender betrachten. Wir wollen passgenaue Angebote vor Ort schaffen. Das betrifft vor allem die Bereiche Mobilität, Wohnen, Daseinsvorsorge und Wirtschaft. Ich fand den Einwand vom Kollegen Müller im Plenum gut. Eigentlich sollte man das in allen Ministerien machen, diesen

Schwerpunkt auf den ländlichen Raum legen. Deshalb begrüßen wir – so steht es auch im Antrag – die Berufung des Beauftragten für ländliche Räume, der mit seinem Praxischeck im Prinzip schaut, welche Maßnahmen wie vor Ort Wirkung entfalten.

Der ländliche Raum war im Wahlkampf allen Parteien sehr wichtig. Deshalb ist es eigentlich auch ein Anliegen von allen Parteien.

Abgeordnete Martina Feldmayer:

Sie haben es richtig gesagt: Im Wahlkampf war der ländliche Raum ein sehr großes Thema, vor allem bei der CDU und bei der SPD. Es wurde ein eigenes Ministerium für den ländlichen Raum gefordert oder ein Ministerium für Nordhessen. Angesichts der Tatsache, dass das so vollmundig versprochen worden ist, ist sehr wenig passiert. Das Ministerium, das das Etikett ländlicher Raum trägt, hat keine Zuständigkeiten. Das kritisieren wir, nicht nur aus dem Grund, dass es nur Symbolik ist, sondern weil es bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Verwirrung führt.

Wenn es keine Zuständigkeit in diesem Ministerium gibt, dann ist das ein Problem. Was wird wo gefördert? Wo habe ich welchen Ansprechpartner? Ich schätze Herrn John persönlich sehr. Deswegen bitte ich, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich gegen diesen Antrag spreche. Aber wir haben eine Stabsstelle für den ländlichen Raum. Die ist nicht im Wirtschaftsministerium. Wir haben Regionalbeauftragte als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für den ländlichen Raum. Die sind ebenfalls nicht dort angesiedelt. Wir haben die Akademie für den ländlichen Raum usw. Es gibt also keinerlei Kompetenzen.

Dann kann man das nicht dadurch ausgleichen, dass man einen Beauftragten für ländliche Räume benennt. Ich denke auch nicht, dass es reicht, wenn man sagt, wir haben einen Beauftragten, der zuhört. Zuhören ist immer wichtig in der Politik, ganz klar. Das gilt für uns alle, auch für den Beauftragten. Es ist aber wichtig, dass man auch ins Handeln kommt. Dazu habe ich bisher keinerlei Vorschläge von Ihnen vernommen. Wir wissen nicht, wie es mit dem Aktionsplan weitergeht. Wird er vollständig weiterfinanziert? Wird die Förderung komplett im Umweltministerium bleiben? Oder wo ist die Förderung angesiedelt?

Wir haben gestern die Pressemitteilung des Beauftragten zur Kenntnis genommen. Da ging es um das Thema Bürgerbusse. Die Bürgerbusse gibt es seit 2018. Es ist nichts Neues, was man bestaunen könnte.

Wir haben immer gesagt, erneuerbare Energien haben ein riesengroßes Potenzial. Sie sind das Gewinnerthema für den ländlichen Raum. Wir erwarten, dass nicht nur bestaunt wird, was es dort gibt, sondern dass es auch konkrete Vorschläge gibt. Wir erwarten auch, dass der Beauftragte und die Koalition sich dafür einsetzen, dass die Förderung für den Ausbau der erneuerbaren Energien fortgesetzt wird, dass die LandesEnergieAgentur ausfinanziert wird und dass es dort nicht zu Kürzungen kommt. Denn wenn wir sagen, dass wir die erneuerbaren Energien im ländlichen Raum ausbauen wollen, können wir nicht auf der anderen Seite der LandesEnergieAgentur die Gelder kürzen. Das geht nicht. Das Gleiche gilt für die Bürgerbusse.

Wir sind gespannt, was an Inhalten kommt, ob der Aktionsplan fortgeführt wird. Wir haben natürlich ein gewisses Wohlwollen dem ehemaligen Kollegen gegenüber. Aber wir kritisieren, wenn es bei der Symbolik bleibt. Man muss tatsächlich auch ins Handeln kommen.

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:**

Wir brauchen die Diskussion im Plenum nicht noch einmal abzurollen. Es waren Anträge vor allem im Zusammenhang mit der Einsetzung des Landesbeauftragten. Der Entschließungsantrag der Koalition ist – das ist schon im Plenum kritisiert worden – relativ schwammig, man könnte auch sagen: ein dünnes Süppchen. Er fängt damit an, dass der Landtag sich selbst und die Landesregierung begrüßt. Dann begrüßen wir natürlich den neuen Landesbeauftragten, den auch ich persönlich schätze. Dann bekennen wir uns zur Hessischen Verfassung. Das ist immer gut. Dann geht es mit einer Bestandsanalyse weiter.

Am Ende unterstützen wir die Strategie des Beauftragten. Das ist der einzig interessante Punkt; denn diese Strategie würden wir gerne kennenlernen. Wir würden auch gerne die Ziele der Landesregierung für den Beauftragten kennenlernen, um dann einen – das Wort steht zwar in einem anderen Zusammenhang, aber ich benutze es hier – Praxischeck durchführen zu können. Vielleicht können wir das heute nachholen; denn das ist im Plenum nicht deutlich geworden.

Wir werden uns bei dem Antrag enthalten. Das hat die Kollegin im Plenum schon ausgeführt. Darauf kann ich nur verweisen.

Minister **Kaweh Mansoori:**

Ich will die Debatte aus dem Plenum auch nicht wiederholen. Aber die Wortbeiträge, die ich gehört habe, sprechen aus meiner Sicht, auch wenn Sie das anders sehen, eher für die Benennung eines Beauftragten für ländlichen Räume –

(Beifall CDU und SPD)

vor dem Hintergrund, dass die Lebenswirklichkeiten in unserem vielfältigen Hessen sehr unterschiedlich sind.

Frau Abgeordnete Feldmayer wiederholt immer wieder, sowohl in der Öffentlichkeit als auch hier, es gebe keine Zuständigkeiten, die die Belange der Menschen in ländlichen Räumen berührten.

Wir machen Wirtschaftsförderung, Infrastruktur, Energiepolitik. Ich glaube schon, dass das alles die Perspektive der Menschen in den ländlichen Räumen berührt und dass diese durchaus eine andere ist als in den Großstädten. Das ein Stück weit sichtbar zu machen im Tagesgeschäft des Wirtschafts-, Verkehrs-, Energie- und Wohnungsbauministeriums, auch als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung zu stehen, bei den Programmen, für die wir zuständig sind, das kann man konzeptionell unterschiedlich sehen. Aber zu behaupten, es gebe keine Zuständigkeiten für die Menschen in den ländlichen Räumen, entbehrt jeder Grundlage.

Uns geht es darum, gerade in der Frage von Infrastruktur und Wirtschaftsförderung diese unterschiedlichen Perspektiven zu sehen, auch immer wieder das Gespräch vor Ort zu suchen. Der Abgeordnete Ziegler hat ja auch den Praxischeck genannt, also mit sehr konkreten, pragmatischen Politikansätzen die Menschen in den ländlichen Räumen in unser Handeln einzubeziehen. Deswegen freue ich mich, dass wir Knut John an Bord haben, der seine Arbeit am 1. August aufgenommen hat. Wenn es den Wunsch gibt, dass er informiert über seine Arbeit, entweder hier oder gerne auch in den Fraktionen, steht er dafür gerne zur Verfügung, sowohl heute als auch in Zukunft.

Landesbeauftragter **Knut John:**

Herr Vorsitzender, vielen Dank, dass ich das Wort ergreifen darf. Erlauben Sie mir, dass ich kurz ausführe, wie ich das momentan draußen erlebe. Ich führe das aus meiner Lebenssituation heraus aus. Ich selbst wohne im ländlichen Raum, in einem Dorf mit knapp 1.600 Einwohnern. Es gibt dort insgesamt vier Landwirte: einen im Haupterwerb, drei im Nebenerwerb. Einer der Nebenerwerbslandwirte bin übrigens ich. Alle anderen pendeln aus diesem Ort jeden Tag aus, in die unterschiedlichsten Richtungen: nach Kassel, nach Baunatal, nach Göttingen, nach Eisenach, nach Erfurt, nach Mühlhausen und ganz wenige nach Eschwege. Alle diese Menschen, die auspendeln, gehen nicht irgendwelchen grünen Berufen nach, sondern ganz „normalen“ wirtschaftlichen Berufen.

Daran merken Sie, dass sich die Gesellschaft komplett verändert hat. Die Gesellschaft im ländlichen Raum hat sich komplett geändert. Sie hat andere Fragen, als das vor etlichen Jahren noch der Fall war. Heute Morgen war ich beim Landrat in Fulda und habe mit ihm und drei seiner Mitarbeiter über verschiedene Probleme diskutiert. Diese Probleme, die dort zutage gebracht wurden, sind wieder ganz andere Probleme als letzte Woche, als ich woanders war. Daran merken Sie die Unterschiedlichkeit. Ein paar Probleme, die geschildert werden, gleichen sich. Aber viele Probleme sind auch individuell.

Genau an diesen Problemen arbeite ich, und das intensiv mit den Abteilungen im Wirtschaftsministerium. Um auf deine Frage zu antworten, Martina: Ja, die Energiefrage – ich mache jetzt einen kleinen Rundumschlag – ist eine essenzielle Frage für die Kommunen. Wenn man sich die Kommunen genau betrachtet, dann sieht man, sie sind unterschiedlich aufgestellt, von gut bis schlecht. Ich sage das einmal so. Sie brauchen Hilfe, und diese Hilfe will ich ihnen gerne geben, indem ich mit den Fachabteilungen zusammen nach Lösungen suche.

Sie werden in Kürze auch sehen, dass es Lösungen gibt. Überall da, wo ich war, spiegele ich übrigens sofort zurück, wie wir möglicherweise ein Problem lösen oder auch Kompromisse finden, etwas aufzulösen. Dafür sind sie dankbar. Ich kann nur sagen, ich werde mit offenen Armen empfangen. Sie sind dankbar, dass ihnen jemand zuhört. Das gehört erst einmal dazu, zuzuhören, wirklich ruhig zu sein und dann zu überlegen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Es gehört einfach dazu, auch Prozesse zu betrachten.

Sie wissen ja alle – ich komme aus der Wirtschaft –, diese ereignisgesteuerten Prozesse, die wir vorliegen haben, die dann unterschiedlich verzweigen, gilt es zu betrachten und möglicherweise auch zu verkürzen. Da gibt es eine ganze Menge Beispiele, die ich natürlich hier nicht alle nennen werde, sondern das muss noch diskutiert werden. Dann kommen wir dazu, was die Menschen brauchen, nämlich einfache Prozesse, wenn wir das gut analysiert haben.

Darin sehe ich meine Aufgabe. Mir wird immer deutlicher, dass das eigentlich schon längst hätte passieren müssen. Ich sehe es überhaupt nicht so, dass es nur eine Stabsstelle ist, sondern dadurch, dass alle im Ministerium – das will ich in aller Deutlichkeit sagen – daran interessiert sind, eine gute Arbeit zu machen, gerade auch für den ländlichen Raum, ist es aus meiner Sicht gut platziert.

Ich komme gerne zu Ihnen, wenn Sie mich brauchen, und diskutiere mit Ihnen sehr gerne. Laden Sie mich ein.

(Beifall CDU und SPD)

Abgeordneter **Andreas Lichert:**

Ich glaube, die Pointe von Frau Feldmayers Äußerung war nicht, dass das Wirtschaftsministerium keine Kompetenzen hätte, die die Bürger im ländlichen Raum betreffen. Ich glaube, das stellt niemand ernsthaft infrage. Aber die wenigen Kompetenzen innerhalb der Landesregierung, die dezidiert auf den ländlichen Raum gerichtet sind, die finden sich eben nicht bei Ihnen. Wenn das eine Fehlwahrnehmung ist, dann bitte ich Sie, sie zu korrigieren und uns zu erläutern, welche Kompetenzen, die explizit auf dem ländlichen Raum liegen, eben doch bei Ihnen angesiedelt sind.

Von dem Ansatz, dass man sagt, da diese Kompetenzen eben nicht nur den ländlichen Raum betreffen, sondern eben alle Hessen, speisen wir über die Rolle eines Beauftragten in diese vielfältigen Prozesse die explizite ländliche Perspektive mit ein, sind wir zwar nicht hundertprozentig überzeugt. Aber diese Haltung kann man haben, und wir sind sehr gespannt auf die entsprechenden Ergebnisse.

Trotz allem muss ich auch an unseren grundsätzlichen staatlichen Aufbau und vor allen Dingen die kommunale Selbstverwaltung erinnern. De facto wird diese jedoch unterlaufen, wenn den Kommunen die Möglichkeiten – und das bedeutet vor allen Dingen die finanziellen Mittel – fehlen, für ihre Bürger die optimalen Lösungen zu finden. Dieses grundsätzliche und gravierende Defizit kann der Beauftragte, bei allem Wohlwollen, nicht kompensieren.

Aber noch einmal die Frage, konkret an Sie gerichtet, Herr Minister: Ist es eine Fehlwahrnehmung, was die explizit auf den ländlichen Raum gerichteten Kompetenzen angeht?

Abgeordnete **Martina Feldmayer:**

Ich habe ein paar Nachfragen an Herrn John. Soll es eine neue Strategie für den ländlichen Raum geben, oder gilt nach wie vor der Aktionsplan für den ländlichen Raum? Oder ist Ihr Auftrag, eine

neue Strategie jenseits dieses Aktionsplans zu erarbeiten? Es würde uns interessieren, ob dieser Aktionsplan noch gilt oder ob Ihre Rolle ist, einen neuen Aktionsplan zu entwickeln.

Dann würde mich interessieren, ob Sie den Regionalbeauftragten Weisungen erteilen können; denn die sind auch als Ansprechpartnerinnen und -partner vor Ort, um sozusagen zu gucken, wo es Probleme gibt, aber diese Probleme dann auch strukturell zu lösen.

Ich glaube, es kann nicht die Aufgabe der Politik oder auch von Beauftragten sein, dass man sagt, die Person oder die Person hat ein Problem, sondern wir müssen die Politik und die Strukturen dafür schaffen, dass diese Probleme für eine ganze Gruppe nicht mehr auftreten. Bei Einzelgeschichten ist es sicherlich wichtig, dass man sich kümmert, aber ich glaube, wir müssen auch dafür sorgen, dass die Strukturen geschaffen werden, um strukturelle Probleme zu lösen. Sicherlich ist der ländliche Raum nicht einheitlich, und es gibt total unterschiedliche Herausforderungen. Das kann man alles nicht über einen Kamm scheren. Das geht sicherlich nicht.

Dann würde mich noch interessieren, ob Sie sich dafür einsetzen, dass die Fördermittel für die LandesEnergieAgentur weiter in der Form fließen, damit – das ist die große Chance für den ländlichen Raum – dort Wertschöpfung geschehen kann. Einer Studie zufolge ist der ländliche Raum Gewinner beim Ausbau der erneuerbaren Energien, bei der Energiewende, im Gegensatz zu den Städten. Da ist ein riesiges Potenzial. Deswegen wäre es gut, wenn Sie sich in Ihrer Eigenschaft als Beauftragter dafür einsetzen würden, dass die Förderung beibehalten und nicht gekürzt wird, so wie es die Absicht des Ministers oder der Regierung ist.

Außerdem haben Sie sich vielleicht ein bisschen in der Begrifflichkeit vertan. Ich glaube, diejenigen, die in grünen Berufen sind, würden sich nicht darüber freuen, wenn man sagen würde, das seien keine normalen Berufe wie alle anderen auch. Ich glaube, da würde man ihnen keinen Gefallen tun, wenn man sagen würde, alle anderen Berufe sind normal, aber eure nicht. Ich glaube, da muss man ein bisschen aufpassen, wie man die Leute anspricht oder wie man das bezeichnet.

Aber, wie gesagt, mich würde dezidiert interessieren, welche Weisungsbefugnis Sie haben gegenüber den Regionalbeauftragten und was jetzt mit dem Aktionsplan passiert.

Abgeordneter J. Michael Müller (Lahn-Dill):

Frau Kollegin Feldmayer, ich habe in der Landtagsdebatte zugehört. Der Kollege Sebastian Müller hat dazu sehr viel gesagt, und der Minister hat noch mehr gesagt. Ich glaube, alle diese Fragen, die gestellt worden sind, sind erörtert worden. Wer Knut John kennt, weiß – das ist auch hier gerade deutlich geworden –, dass er das Mittel des Beauftragten nutzen wird, um die Probleme nicht nur zu identifizieren, sondern Ideen dafür zu entwickeln, wie man sie gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik auch umsetzen kann. Es ist alles dazu gesagt worden.

Ich finde, da gibt es auch keinen Bedarf, zusätzliche Erforschung zu machen, sondern er ist jetzt installiert, er kommt ins Arbeiten, und dann – das hat der Minister auch gesagt, wenn ich es richtig

verstanden habe – schauen wir, welche Initiativen wir daraus ableiten können. Denn es geht darum, in Bewegung zu bleiben, gerade für den ländlichen Raum.

Sie gestatten mir, auf das „Gewinnerthema“ der erneuerbaren Energien im ländlichen Raum einzugehen. Es ist ein wichtiges Thema, aber es ist nicht das Gewinnerthema schlechthin, sondern das Gewinnerthema im ländlichen Raum ist, die Lebensqualität im ländlichen Raum zu erhalten für die Menschen, die dort wohnen, und die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass sie dort wohnen können. Ich glaube, dafür setzt sich die Landesregierung erfolgreich ein.

Ich finde, wir müssen die Debatte, die wir im Landtag geführt haben – der Kollege Naas hat es vorhin in einem anderen Zusammenhang gesagt –, nicht wiederholen, weil sie sehr ausführlich und auch inhaltsreich geführt worden ist.

(Beifall CDU und SPD)

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:**

Wir haben eine Debatte im Landtag über die Fragen geführt: Haben wir an der Stelle zu Recht einen Beauftragten, brauchen wir ihn, wie viele Beauftragte brauchen wir in Hessen, Raumfahrtbeauftragte, Versicherungsbeauftragte usw.? Alles gut. Es gibt eine lange Liste. Diese Diskussion möchte ich nicht noch einmal führen. Da haben wir eine Meinung. Das können wir über Presseerklärungen austauschen.

Den Beauftragten haben wir nun. Aber ich knüpfe an die Kollegin an. Es ist doch legitim, zu fragen, welche Aufgaben der Beauftragte hat. Welches Weisungsrecht hat der Beauftragte? Wie ist er eingebunden? Es gibt eine gewisse Inkongruenz der Ministeriums-zuteilung. Im Plenum ist schon darauf hingewiesen worden. An welchen Zielen – selbst gesteckten Zielen, nicht den Zielen der Opposition – dürfen wir den geschätzten Kollegen messen? Da kann man sagen: Das machen wir alles nicht; das ist ein inspirierender Kümmerer. So ist mein Bild: Er kümmert sich von Ort zu Ort, und wir haben inspirierende Vorschläge zu erwarten.

Ich muss sagen, dass mir das für die Messung ein bisschen wenig ist. Ich will nur darauf hinweisen, dass das Bild des ländlichen Raums schief ist, und das wissen wir doch alle. Nordhessen ist nicht ländlicher Raum. In Nordhessen ist Kassel eine Riesenmetropole. Die Stadt Eschwege ist eine selbstbewusste Stadt mit städtischem Umfeld, seit dem Mittelalter. Es ist nicht ländlicher Raum. Fulda ist auch noch da. Die Gemarkung Nieder-Erlenbach gehört zur Stadt Frankfurt. Da könnte man sagen, das ist eine Metropole. Aber wenn ich dort auf dem Hofgut bin – da war ich letztes mit den Landwirtschaftsfreunden –, kommt eher dieses „ländlicher Raum“-Gefühl auf. Das ist in Steinbach genauso. Keiner würde auf die Idee kommen, Knut John für die inspirierenden Probleme in Nieder-Erlenbach zu bestellen.

Mich würde schon interessieren, ob das ein Nordhessen-Beauftragter ist. Ist das ein Mittelhessen-Beauftragter? Ist das ein Strukturproblem-Beauftragter? Was auch immer. Wir fragen, weil es immer um Geld geht und um eine gewisse Freihändigkeit der Regierung im Bereich der Beauftragten und wir eine besondere Verpflichtung der Opposition sehen, genauer hinzugucken,

nach der Strategie der Landesregierung oder zumindest des Ministers, was er mit diesem Beauftragten vorhat.

Minister Kaweh Mansoori:

Mein Eindruck nach der Debatte ist, auch wenn keine Presse anwesend ist: Die Pressemitteilungen sind alle geschrieben, die Argumente sind ausgetauscht. Deswegen will ich es an der Stelle kurz halten, verbunden mit der nochmaligen Wiederholung des Angebots: Wenn es den Wunsch gibt, mit dem Beauftragten auch in den Fraktionen weiterzudiskutieren, steht er jederzeit zur Verfügung.

Knut John wird viel unterwegs sein als Beauftragter für das Haus, um zu sammeln, welche Erwartungshaltungen es gibt, und auch unsere Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung, unsere Infrastrukturpolitik, unsere Energiepolitik zu akzentuieren, auch die Frage des Wohnungsbaus, wo sich ganz andere Herausforderungen in den ländlichen Räumen stellen als in den Städten.

Zweiter Punkt. Ich müsste das gar nicht tun, Knut John müsste das gar nicht tun. Natürlich ist nicht Nordhessen als Ganzes ein ländlicher Raum. Deswegen heißt er auch nicht Beauftragter für Nordhessen, sondern er heißt Beauftragter für ländliche Räume. Die gibt es übrigens auch in Mittel- und in Südhessen, aber das ist eine Binsenwahrheit.

Drittens. Es ist die Frage angesprochen worden, wer hier wen anweist. Wir wollen ein kollegiales, konstruktives Miteinander haben in dieser Landesregierung. Themen, die ressortübergreifend sind, werden dann ohnehin am Ende irgendwann auf Spitzenebene zwischen den Ministerinnen und Ministern besprochen, insbesondere was die zwei Häuser betrifft, die in diesen Bereichen sehr viel machen: das Haus von Ingmar Jung und meines. Da ist die Arbeit eng und konstruktiv. Das haben wir mehrfach auch in den Debatten im Hessischen Landtag betont.

Letzter Punkt, und das hat Knut John ja auch in Aussicht gestellt: Wenn wir dann konkrete Ergebnisse produzieren, dann werden wir die in enger Abstimmung mit den Ministerien gerne hier weiter zur Diskussion stellen. Bis dahin machen wir einfach unsere Arbeit. Vielen Dank für die Debatte.

Abgeordnete Martina Feldmayer:

Ich wollte nur darauf hinweisen, Herr Müller und Herr Minister: Es wurde vorhin gesagt, dass, wenn wir möchten, Fragen beantwortet werden oder die Strategie des Beauftragten erläutert wird. Ich hatte dazu einige Fragen gestellt, aber die wurden hier nicht beantwortet. Wir nehmen das jetzt zur Kenntnis, aber wir müssen uns tatsächlich darüber wundern, wenn man jetzt in diesen Tagesordnungspunkt einsteigt mit der Vorstellung des Beauftragten für ländliche Räume und sagt, er würde seine Strategie vorstellen oder wir könnten fragen, dass dann die Fragen nicht beantwortet werden. Das ist schon eine gewisse Merkwürdigkeit. Wir werden darauf zurückkommen.

Vorsitzender:

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann schließen wir die Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 5 und 8, die wir gemeinsam beraten haben, und stimmen ab.

Beschluss zu Punkt 5:

WVA 21/11 – 07.11.2024

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum empfiehlt dem Plenum, den Entschließungsantrag anzunehmen.

(CDU, SPD gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung AfD, Freie Demokraten)

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Entschließungsantrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Maximilian Ziegler (Vogelsberg)

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/1285](#) –

Beschluss zu Punkt 8:

WVA 21/11 – 07.11.2024

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD, AfD gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten)

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Dringlichen Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Maximilian Ziegler (Vogelsberg)

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/1288](#) –

(Schluss des öffentlichen Teils: 15:08 Uhr –
folgt Fortsetzung des nicht öffentlichen Teils)

Wiesbaden, 14. November 2024

Protokollführung:

Vorsitz:

Heike Schnier

Michael Boddenberg